



Schriften des Historischen Kollegs

Herausgegeben
von der
Stiftung Historisches Kolleg

Kolloquien
14

R. Oldenbourg Verlag München 1989

Deutsche Geschichtswissenschaft
nach dem Zweiten Weltkrieg
(1945–1965)

Herausgegeben von
Ernst Schulin
unter Mitarbeit von
Elisabeth Müller-Luckner

R. Oldenbourg Verlag München 1989

Schriften des Historischen Kollegs

im Auftrag der
Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft
herausgegeben von
Horst Fuhrmann
in Verbindung mit
Knut Borchardt, Lothar Gall, Alfred Herrhausen, Karl Leyser, Christian Meier, Horst Niemeyer,
Arnulf Schlüter, Rudolf Smend, Rudolf Vierhaus und Eberhard Weis
Geschäftsführung: Georg Kalmer
Redaktion: Elisabeth Müller-Luckner
Organisationsausschuß:
Georg Kalmer, Franz Letzelter, Elisabeth Müller-Luckner, Heinz-Rudi Spiegel

Die Stiftung Historisches Kolleg hat sich für den Bereich der historisch orientierten Wissenschaften die Förderung von Gelehrten, die sich durch herausragende Leistungen in Forschung und Lehre ausgewiesen haben, zur Aufgabe gesetzt. Sie vergibt zu diesem Zweck jährlich Forschungsstipendien und alle drei Jahre den „Preis des Historischen Kollegs“. Die Forschungsstipendien, deren Verleihung zugleich eine Auszeichnung darstellt, sollen den berufenen Wissenschaftlern während eines Kollegjahres die Möglichkeit bieten, frei von anderen Verpflichtungen eine größere Arbeit abzuschließen. Professor Dr. Ernst Schulin (Freiburg) war – zusammen mit Professor Dr. Johanne Autenrieth (Freiburg) und Professor Dr. Tilemann Grimm (Tübingen) – Stipendiat des Historischen Kollegs im sechsten Kollegjahr (1985/86). Den Obliegenheiten der Stipendiaten gemäß hat Ernst Schulin aus seinem Arbeitsbereich ein Kolloquium zum Thema „Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1965)“ vom 10. bis 13. September 1986 in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften gehalten. Die Ergebnisse des Kolloquiums werden in diesem Band veröffentlicht.

Die Stiftung Historisches Kolleg wird vom Stiftungsfonds Deutsche Bank zur Förderung der Wissenschaft in Forschung und Lehre und vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft getragen.

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg :
(1945–1965) / hrsg. von Ernst Schulin. Unter Mitarb. von
Elisabeth Müller-Luckner. – München : Oldenbourg, 1989
(Schriften des Historischen Kollegs : Kolloquien ; 14)
ISBN 3-486-54831-X
NE: Schulin, Ernst [Hrsg.]; Historisches Kolleg (München): Schriften
des Historischen Kollegs / Kolloquien

© 1989 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-54831-X

Inhalt

Zur Einführung	
<i>Ernst Schulin</i>	VII
Verzeichnis der Tagungsteilnehmer	XI
I. Neuaufbau nach der Katastrophe	
<i>Winfried Schulze</i>	
Der Neubeginn der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945: Einsichten und Absichtserklärungen der Historiker nach der Katastrophe	1
<i>Werner Berthold</i>	
Zur Geschichte der Geschichtswissenschaft der DDR. Vorgeschichte, Konfrontationen und Kooperationen	39
<i>Adolf Dieckmann</i>	
Geschichtsinteresse der Öffentlichkeit im Spiegel der Verlagsproduktionen	53
II. Altertum und Mittelalter	
<i>Reinhold Bichler</i>	
Neuorientierung in der Alten Geschichte?	63
<i>Klaus Schreiner</i>	
Wissenschaft von der Geschichte des Mittelalters nach 1945. Kontinuitäten und Diskontinuitäten der Mittelalterforschung im geteilten Deutschland ..	87
<i>Herwig Wolfram</i>	
Geschichte Österreichs vor seiner Entstehung. Die Auseinandersetzung zwischen Regionalgeschichte und den bayerisch-österreichischen Landesgeschichten	147
III. Die zeitgeschichtliche Forschung	
<i>Horst Möller</i>	
Die Weimarer Republik in der zeitgeschichtlichen Perspektive der Bundesrepublik Deutschland während der fünfziger und frühen sechziger Jahre: Demokratische Tradition und NS-Ursachenforschung	157
<i>Konrad Kwiet</i>	
Die NS-Zeit in der westdeutschen Forschung 1945–1961	181

<i>Gerhard Lozek</i> Die deutsche Geschichte 1917/18 bis 1945 in der Forschung der DDR (1945 bis Ende der sechziger Jahre)	199
IV. Das Problem der deutschen Nationalgeschichte	
<i>Fritz Fellner</i> Nationales und europäisch-atlantisches Geschichtsbild in der Bundesrepublik und im Westen in den Jahren nach Ende des Zweiten Weltkrieges	213
<i>Jaroslav Kudrna</i> Zum nationalen und europäisch-atlantischen Geschichtsbild in der deutschen und westlichen bürgerlichen Historiographie	227
<i>Peter Stadler</i> Die „Deutsche Frage“ in der deutschschweizerischen Geschichtswissenschaft nach 1945	233
<i>Volker Bergahn</i> Deutschlandbilder 1945–1965. Angloamerikanische Historiker und moderne deutsche Geschichte	239
V. Schlußbetrachtungen: Zur Veränderung der deutschen Geschichtswissenschaft in den sechziger Jahren	
Statements:	
<i>Ernst Schulin</i>	273
<i>Fritz Fellner</i>	276
<i>Jaroslav Kudrna</i>	279
<i>Hermann von der Dunk</i>	283
<i>Reinhold Bichler</i>	285
<i>Wolfgang J. Mommsen</i>	286
Personenregister	297

Zur Einführung

Die Geschichte ihrer eigenen Wissenschaft haben die Historiker bisher nicht oft auf Tagungen behandelt; am ehesten bei Gelegenheit geschichtstheoretischer Diskussionen. Fast nie wurde, wie im vorliegenden Fall, ein zeitlicher Abschnitt aus dem 20. Jahrhundert zum Thema eines Kolloquiums gemacht. Dabei gilt hier das „tua res agitur“ in besonderer, berufsspezifischer Weise. Der beobachtende Historiker steht in diesem Falle dem Täter oder Zeitzeugen besonders nahe und kann sogar mit ihm identisch sein. In vielen Reflexionen zur Traditions- oder Selbstvergewisserung spielt das Thema darum auch eine große Rolle. Auch die Zeitbezogenheit gerade der Geschichtswissenschaft läßt sich im 20. Jahrhundert bei aller wissenschaftlichen Verfeinerung nicht leugnen; uns in Deutschland wurde sie in großem, schmerzlichem Ausmaß vor Augen geführt. Hier liegt aber eben auch ein hemmender Faktor. Während die Vertreter der Zeitgeschichtsforschung Erfahrungen und Bedürfnisse der Gegenwart ohne weiteres als Antriebskräfte anerkennen, neigen die Fachleute früherer Geschichtsbereiche zur möglichst ausschließlichen Betonung der wissenschaftsimmanenten Entwicklung. Sie stehen also der Untersuchung ihrer Wissenschaft in einem durch politische Veränderungen markierten Zeitabschnitt reserviert gegenüber. Gerade wegen dieser Diskrepanz, meine ich, müssen die verschiedenen Fachvertreter miteinander über das Verhältnis externer und interner Antriebskräfte ins Gespräch kommen. Andernfalls zerfällt die Einheit der Geschichtswissenschaft stärker, als es gerechtfertigt und wünschenswert erscheint.

Die Bedingung, während des Jahresstipendiums des Münchener Historischen Kolloqs ein Kolloquium durchzuführen, habe ich deshalb als willkommene Chance angesehen, ein solches historiographiegeschichtliches Gespräch zustandezubringen. Eine wichtige Vorbereitung dafür war das vor dem Kollegjahr von Georg G. Iggers und mir organisierte Kolloquium der Historischen Kommission zu Berlin über „Alte und neue Richtungen der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1933“. Es fand Anfang Oktober 1985 statt, ist aber nicht im Zusammenhang publiziert worden. Bei diesem Thema handelte es sich um einen relativ kurzen Zeitraum, der am Anfang und Ende durch starke politische Veränderungen deutlich abgegrenzt war. Für die Geschichtswissenschaft war die Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg insofern problematisch, als sie sich seit der Jahrhundertwende teilweise modernisiert und neuen Fragestellungen geöffnet hatte und nun durch die schwere Niederlage und ihre tiefgreifenden staatlichen, kulturellen und sozialen Folgen herausgefordert und belastet wurde. Neue öffentliche Ansprüche, Ressentiments und historisch-politische Verteidigungsaufgaben beanspruchten die Historiker übermäßig und blockierten die Entwicklung neuer wissenschaftlicher Methoden und Anschauungen erheblich. Das hat sich um so gravierender ausgewirkt, als die Ansätze einer Überwindung dieser Hemmungen Ende

der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre durch den Nationalsozialismus wieder zerstört wurden.

Das Münchener Kolloquium, teilweise mit denselben Teilnehmern, wurde ähnlich aufgebaut. Es sollte eine kaum längere, fünfzehn bis zwanzig Jahre umfassende Phase besprechen, deren Ende – 1960/65 – vergleichsweise weniger markant ist. In etwa handelt es sich um das Ende der Adenauer-Ära und den Anfang einer politisch-kulturellen Veränderung, aber auch um die Zeit, in der neue historische Beurteilungsmaßstäbe und Methoden zur Wirkung kamen, besonders für die Erfassung der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Ansätze, die 1933 zerstört worden waren, konnten jetzt entwickelt werden, teils durch das Vorbild der ausländischen Geschichtswissenschaft und der deutschen Emigranten, teils durch die langsame Vorbereitung in der deutschen Geschichtswissenschaft selber. So sehr dieser Umbruch mit der allgemeinen politisch-kulturellen Veränderung der sechziger Jahre zusammenhängt, so läßt sich doch ernsthaft argumentieren, daß hier die wissenschaftsimmanente Entwicklung im Vordergrund steht. Demgegenüber ist der Anfang der in diesem Kolloquium behandelten Phase, der katastrophale Zusammenbruch Deutschlands, ein tiefer allgemeingeschichtlicher Einschnitt, der die deutsche Geschichtswissenschaft von außen zur Veränderung zwang, weit mehr, als das 1918 der Fall war.

Das Interesse an dieser Phase ist sehr verbreitet, aber während es über die deutsche Geschichtswissenschaft der zwanziger Jahre bereits wohlfundierte Darstellungen in Buchformat gibt, besonders diejenigen von Hans Schleier und Bernd Faulenbach, sind über die Zeit nach 1945 bisher nur zahlreiche Überblicksversuche in Aufsatzform erschienen. Seit Anfang der siebziger Jahre, also seitdem sich die wissenschaftliche Weiterentwicklung durchzusetzen begann, wurde über den Neuanfang und Nichtneuanfang von 1945 reflektiert. Die Ankündigung meines Kolloquiums löste darum auch die unterschiedlichsten Vermutungen über die „Tendenz“ des Unternehmens aus. Manche Kollegen erwarteten eine neue Verurteilung dieser gern als „restaurativ“ bezeichneten Phase, andere hofften auf eine Aufwertung, die endlich den damaligen Neuansätzen Gerechtigkeit verschaffen würde, wieder andere fürchteten eine solche – als „neokonservativ“ verdächtige – Aufwertung. Mir ging und geht es um die Anregung der noch mangelnden gründlicheren Untersuchungen, also um offene Fragen und um keine bestimmte Tendenz. Die Reaktionen konnte ich aber als Bestätigung für die Nützlichkeit des Kolloquiums auffassen. Der deutsche „Historikerstreit“, wie er nun international genannt wird, brach erst aus, als die Vorbereitungen abgeschlossen waren, gab aber den Diskussionen eine zusätzliche Brisanz; denn die Versuche, ein neues, angeblich positiveres und gegenwartspolitisch günstigeres nationales Geschichtsbild zu verbreiten, stellten ja nicht nur die Maßstäbe und Leistungen der deutschen Geschichtswissenschaft seit den sechziger Jahren in Frage, sondern schon diejenigen seit 1945.

Wie schon bei dem Berliner Kolloquium über die zwanziger Jahre wurde nicht nur der Forschungsbereich der neuzeitlichen Geschichte erörtert, der den externen Einflüssen zwangsläufig am unmittelbarsten ausgesetzt ist, sondern auch Altertum, Mittelalter und Landesgeschichte kamen zur Sprache. Dabei sei betont, daß es sich hier um eine Auswahl handelt und nicht etwa die gesamte deutsche Geschichtswissen-

schaft flächendeckend untersucht werden sollte. Zugunsten dieser früheren Bereiche ist eine spezielle Erörterung der frühneuzeitlichen Geschichtsforschung und sogar derjenigen über das 19. Jahrhundert zurückgestellt worden.

Das geschah auch zugunsten einer anderen, mir viel wichtiger erscheinenden Erweiterung, und zwar derjenigen über die Bundesrepublik hinaus. Angesichts des gemeinsamen Themas der deutschen Geschichte und des gemeinsamen katastrophalen Anfangsjahres 1945 wäre es unsinnig, die Entwicklung der deutschen Geschichtswissenschaft seither nur als die der Bundesrepublik zu verstehen. Es wäre aber auch unangemessen, sie strikt auf das Nebeneinander zweier kontrastierender Geschichtswissenschaften, derjenigen der Bundesrepublik und der DDR, zu reduzieren. Zu meiner Freude konnten also Referenten und Themen aus der DDR einbezogen werden – was mir 1985 in Berlin noch nicht gelungen war –, aber auch aus Österreich und darüber hinaus aus der ČSSR, aus der Schweiz, aus Holland, Italien und dem angloamerikanischen Bereich. Auch hier konnte es sich nur um eine Auswahl handeln, die aber so zusammengesetzt war, daß in Referaten und Diskussionen viele zugleich wichtige und verschiedene Perspektiven des Themas zur Sprache kamen.

Es kam natürlich nicht nur auf unverbundenes Nebeneinander und auf Vielseitigkeit der Gesichtspunkte an. Für alle Teilnehmer war es eine bemerkenswerte Erfahrung, an sich und den anderen zu erleben, mit wie viel Mut und Formulierungskunst Stellungnahmen auszusprechen waren und auch ausgesprochen wurden – im Beisein von Vertretern anderer historischer Bereiche, von Angehörigen anderer Generationen, des anderen Deutschland und anderer Länder. Oft gelang es, oft aber auch nicht. Die Möglichkeit des gemeinsamen Gesprächs wurde vor allem auf die Probe gestellt, als es nicht mehr um Neuaufbau und Entwicklung geschichtlicher Forschung ging, sondern um das nationale Geschichtsbild und seine sehr unterschiedliche Veränderung unter dem Einfluß westlicher und östlicher Ideologien. Über die Bundesrepublik und den Westen referierte ein österreichischer und ein tschechischer Historiker, über die DDR und den Osten ein bundesdeutscher. Hier kam es zur eigentlichen Krise des Kolloquiums, die aber in gemeinsamem Bemühen überwunden wurde. Auf die Einzelheiten kommt es nicht an, aber es verdient festgehalten zu werden, was Gerhard Lozek sagte, als man westlicherseits meinte, die DDR-Historiker sollten „doch nicht so empfindlich“ sein: ein Historiker müsse empfindlich sein; ohne hohe Sensibilität habe er seinen Beruf verfehlt.

Die hier veröffentlichten Kolloquiumsbeiträge werden noch einiges von diesem Versuch eines gemeinsamen Gesprächs spüren lassen, einem Versuch, der von den meisten Teilnehmern insgesamt als gelungen und förderlich bezeichnet wurde. Gemeint ist der Band aber nicht als Dokumentation, sondern als erste ausführlichere Behandlung dieses Themas, die zu weiteren Forschungen anregen soll. Die Beiträge sind von den Verfassern zum Druck überarbeitet und z. T. erweitert worden. Einheitlichkeit konnte nicht angestrebt werden. Gründliche Abhandlungen stehen neben kürzeren Beiträgen, die auf einen neuen Aspekt nur aufmerksam machen wollen. Mehr als gewöhnlich sind die Stellungnahmen auch von den unterschiedlichen wissenschaftlichen und politischen Standpunkten der Verfasser geprägt. An Überschneidungen fehlt es schon darum nicht, weil sich viele Teilnehmer zu grundsätzlichen Erörterun-

gen gedrängt fühlten. Zwei Vorträge konnten leider nicht druckfertig gemacht werden und fehlen darum: der von Gotthold Rhode über „Marxistisches und nationales Geschichtsbild in der DDR und in Osteuropa“ und der von Bernhard vom Brocke über „Die Erforschung der Wissenschaftsgeschichte 1945–1965“. Ein Schlußvortrag über „Die Veränderung der deutschen Geschichtswissenschaft in den sechziger Jahren: Abkehr vom ‚Historismus‘, Hinwendung zu Strukturgeschichte und politischer Sozialgeschichte“ mußte schon bei der Tagung ausfallen; er wurde durch improvisierte Statements verschiedener Teilnehmer ersetzt; diese haben ihre Ausführungen auf meinen Wunsch für den Druck schriftlich ausgearbeitet.

Ermöglicht wurde das Kolloquium durch die Großzügigkeit des Stiftungsfonds Deutsche Bank und des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, die als Träger der Stiftung Historisches Kolleg die Mittel zur Verfügung stellten. Beiden Institutionen gilt mein besonderer Dank. Sehr herzlich danken möchte ich auch allen Teilnehmern für ihre Mitarbeit. Frau Dr. Müller-Luckner hat mich in ihrer bewährten Art vom Anfang der Tagungsvorbereitung bis zum Ende der Drucklegung bestens unterstützt. Ihr und allen, die vom Historischen Kolleg an der Organisation des Kolloquiums mitgewirkt haben, gilt ebenfalls mein Dank. Zum Schluß denke ich mit besonders tiefer Dankbarkeit an zwei mir freundschaftlich verbundene Kollegen, die das Kolloquium leider nicht mehr erlebt haben: an Werner Conze, der auf meine Bitte sofort bereit gewesen war, ein Referat zu übernehmen, und an Heinrich Lutz, dessen guter Rat mir bei der Vorbereitung sehr geholfen hat.

Freiburg i. Br., September 1988

Ernst Schulin

Verzeichnis der Tagungsteilnehmer

Prof. Dr. Volker R. Berghahn, Coventry/England
Prof. Dr. Werner Berthold, Leipzig
Prof. Dr. Reinhold Bichler, Innsbruck
Prof. Dr. Knut Borchardt, München
Dr. Bernhard vom Brocke, Göttingen
Prof. Dr. Martin Broszat, München
Dr. Rüdiger vom Bruch, München
Dr. Adolf Dieckmann, München
Dr. Gerald Diesener, Leipzig
Prof. Dr. Hermann von der Dunk, Bilthoven/Niederlande
Prof. Dr. Fritz Fellner, Salzburg
Prof. Dr. Fritz Fischer, Hamburg
Prof. Dr. František Graus, Basel
Prof. Dr. Tilemann Grimm, Tübingen (Stipendiat des Historischen Kollegs 1985/86)
Prof. Dr. Wolfgang Hardtwig, Erlangen
Prof. Dr. Manfred Hellmann, München
Georg Kalmer, München (Historisches Kolleg)
Dr. Wolfgang Krieger, Ebenhausen
Prof. Dr. Jaroslav Kudrna, Brno/ČSSR
Prof. Dr. Konrad Kwiet, Kensington/Australien
Prof. Dr. Gerhard Lozek, Berlin/DDR
Dr. Ralph Marks, München (Historisches Kolleg)
Prof. Dr. Karl-Heinz Metz, Erlangen
Prof. Dr. Horst Möller, Erlangen
Prof. Dr. Wolfgang J. Mommsen, Düsseldorf
Dr. Elisabeth Müller-Luckner, München (Historisches Kolleg)
Brigitta Oestreich, Kochel am See
Prof. Dr. Ernst Pitz, Berlin
Michael Reinhard, Freiburg
Prof. Dr. Gotthold Rhode, Mainz
Prof. Dr. Pietro Rossi, Turin/Italien
Prof. Dr. Klaus Schreiner, Bielefeld
Prof. Dr. Ernst Schulin, Freiburg (Stipendiat des Historischen Kollegs 1985/86)
Prof. Dr. Winfried Schulze, Bochum
Prof. Dr. Peter Stadler, Zürich
Prof. Dr. Anneliese Thimme, Gräfelfing
Dr. Helmut Trotnow, Bonn
Dr. Wolfgang Weber, Augsburg
Prof. Dr. Herwig Wolfram, Wien

I. Neuaufbau nach der Katastrophe

Winfried Schulze

Der Neubeginn der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945:

Einsichten und Absichtserklärungen der Historiker nach der Katastrophe¹

Historiographiegeschichte ist wie alle Geschichte nicht nur Streben nach reiner Erkenntnis. Historiographiegeschichte ist in hohem Maße auch der Versuch der Selbstvergewisserung aus der Vergangenheit unserer Disziplin heraus, um in der Geschichtsschreibung der Gegenwart das vermeintlich Richtige tun zu können. Wir wollen unsere spezifische Betrachtungsweise von Geschichte legitimieren, als bedeutsam erweisen, als die immer schon richtige Form von Geschichte bestätigen, uns einer starken Tradition versichern oder uns kritisch von einer anderen absetzen. Dies macht die besonderen Schwierigkeiten einer Beschäftigung mit der Geschichte der Geschichtsschreibung aus.

¹ Die Publikation des erweiterten Münchener Vortrags gibt mir Gelegenheit, mich bei einer ganzen Reihe von Kollegen sehr herzlich für klärende Diskussionen und Materialhinweise zu bedanken. Ich nenne meine Bochumer Kollegen Wolfgang Köllmann und Hans Mommsen, dazu Notker Hammerstein (Frankfurt/M.), Ludwig Petry (Mainz), Heinz Gollwitzer (München), Fritz Fischer (Hamburg), Michael Erbe (Berlin), Werner Berthold (Leipzig), Rudolf Vierhaus (der mir freundlicherweise das Archiv des Verbands der Historiker Deutschlands zugänglich machte), Peter Schumann (Göttingen) und Hans-Ulrich Wehler (Bielefeld). Erich Meuthen bin ich für seine Einwilligung zur Benutzung des Archivs der Universität zu Köln zu Dank verpflichtet, Hans Mommsen für seine Bereitwilligkeit, mir den Nachlaß Wilhelm Mommsen zur Verfügung zu stellen, Hans Rosenberg für die Einsichtnahme in seine Akten und die Einwilligung, aus ihn betreffenden Personalakten zitieren zu dürfen. Frau Else Wühr (Grassau) und Frau Dr. Marianne Stadtmüller (München) halfen mir mit Informationen und Material über die Tätigkeit ihrer verstorbenen Gatten. – Schließlich habe ich sehr herzlich meinem Mitarbeiter Thomas Nieding zu danken, der mir bei der Vorbereitung durch seine selbständige Auswertung der Literatur und der Vorlesungs- und Dissertationsverzeichnisse sowie bei vielen Recherchen eine große Hilfe war. Bei der Vorbereitung dieses Aufsatzes erwies es sich sehr bald als unmöglich, die Fülle des inzwischen ermittelten Materials in einem – ohnehin schon sehr umfangreichen – Beitrag für einen Sammelband unterzubringen. Ich werde deshalb 1989 eine selbständige Schrift über die deutsche Geschichtswissenschaft zwischen 1945 und 1958 publizieren.

Ein zentrales Problem stellt dabei zweifellos die Koordination von real sich verändernder historischer Erfahrung einerseits und geschichtlichem Denken andererseits dar. Wie verhält sich Geschichtswissenschaft zu politisch-sozialer Diskontinuität, zu revolutionärer Erfahrung, wie verhält sie sich unter den Bedingungen moderner industrieller Gesellschaften zu wesentlichen Veränderungen politisch-sozialer-technologischer Art? Welche Steuerungsmöglichkeiten bestehen für staatliche Instanzen, welche Spielräume ergeben sich für das „Subsystem“ Geschichtswissenschaft in demokratisch und nichtdemokratisch verfaßten Gesellschaften? In welchem Ausmaß und wodurch bedingt sind Innovationen möglich? Wie bewältigt Geschichtswissenschaft schließlich militärische Niederlagen oder gar den Verlust nationaler Identität?

Alle diese Fragen treffen zusammen, wenn wir uns mit der deutschen Geschichtswissenschaft nach der militärischen Niederlage des „Dritten Reiches“ beschäftigen und nach dem Neubeginn dieser Geschichtswissenschaft fragen. Man kann bei einem Überblick über den Forschungsstand ganz gewiß nicht davon reden, daß sich das besondere Interesse der Historiker auf diesen Punkt konzentriert habe, wobei dieses Urteil vor allem für die Geschichtswissenschaft der späteren Bundesrepublik Deutschland gilt. Der Neuaufbau einer marxistisch orientierten Geschichtswissenschaft in der DDR hat sowohl dort als auch in der Bundesrepublik relativ starke Aufmerksamkeit gefunden². Nennt man für die bundesrepublikanische Entwicklung die einschlägigen Aufsätze Hans Mommsens, Günter Birtschs, Ernst Schulins, Bernd Faulenbachs, Imanuel Geiss³, Peter Schumanns und Dieter Heins, den Vortrag Werner Conzes, die hier relevanten Bemerkungen von Georg Iggers, dann hat man schon die wesentlichen zusammenfassenden Aussagen über die Rekonstruktionsphase genannt, auch wenn sich diese der unmittelbaren Nachkriegszeit oft nur sehr kurz zuwenden³. Dabei betone ich das Wort zusammenfassend, denn natürlich finden wir in vielen Biographien, Nekrologen, Universitäts- und Fakultätsgeschichten eine Fülle einzelner Hinweise auf

² Dies gilt sowohl für die Forschung in der DDR wie in der Bundesrepublik. Ich verweise hier pauschal auf die Arbeiten von *Günter Heydemann*, *Geschichtswissenschaft im geteilten Deutschland. Entwicklungsgeschichte, Organisationsstruktur, Theorie- und Methodenprobleme in der BRD und der DDR* (Frankfurt/M. 1980); *Dieter Riesenberger*, *Geschichte und Geschichtsunterricht in der DDR* (Göttingen 1973); *Andreas Dorpalen*, *Geschichtswissenschaft in der DDR*, in: *Bernd Faulenbach* (Hrsg.), *Geschichtswissenschaft in Deutschland* (München 1974) 121–137 und *ders.*, *German History in Marxist Perspective. The East German Approach* (London 1985) bes. 46 ff. – Zuletzt der knappe Forschungsbericht von *Günter Heydemann*, *Zwischen Diskussion und Konfrontation – Der Neubeginn deutscher Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945–1950*, in: *Christoph Cobet* (Hrsg.), *Handbuch der Geistesgeschichte in Deutschland nach Hitler 1945–1950* (Frankfurt/M. 1986) 12–29 mit weiterer Literatur. Für die DDR vor allem *Werner Berthold*, *Marxistisches Geschichtsbild – Volksfront und antifaschistisch-demokratische Revolution* (Berlin 1970).

³ Die einzelnen Titel werden später gesondert genannt. Zu den grundlegenden Voraussetzungen wissenschaftlichen Arbeitens auf diesem Gebiet gehören auch die Arbeiten von *Wolfgang Weber*, *Priester der Klio. Historisch-sozialwissenschaftliche Studien zur Herkunft oder Karriere deutscher Historiker und zur Geschichte der Geschichtswissenschaft* (Frankfurt/M., Bern, New York 1984) und *ders.*, *Biographisches Lexikon zur Geschichte der Geschichtswissenschaft in Deutschland, Österreich und der Schweiz* (ebd. 1984).

unser Thema. Aus den verfügbaren publizierten Quellen ragen die Briefeditionen von Friedrich Meinecke und Gerhard Ritter ohne Zweifel hervor.

In der bisherigen Forschung ist mit der naheliegenden Vermutung aufgeräumt worden, als sei die Niederlage von 1945 zu einem wirklichen „Nullpunkt“ in der Entwicklung der Geschichtswissenschaft geworden. Hans Mommsen hat ausdrücklich betont, daß das Jahr 1945 für die Geschichtswissenschaft – wie überhaupt für die deutsche Geschichte – „keineswegs eine so tiefgreifende Zäsur, wie das von den Historikern damals empfunden wurde“, darstellte⁴. In sehr viel stärkerem Maße, als dies zunächst angesichts der Nichtexistenz deutscher Staatlichkeit denkbar erschien, habe sich vielmehr eine Rückkehr zu den tradierten methodologischen Konzeptionen und inhaltlichen Grundorientierungen ergeben. Dies steht in einem gewissen Widerspruch zur Beobachtung Wolfgang J. Mommsens, „daß die Ungeheuerlichkeit der jüngsten Vergangenheit zu einer absolut ehrlichen Überprüfung der Traditionen und Ansichten der deutschen Geschichtswissenschaft zwang“⁵, während Georg Iggers davon spricht, daß der „Übertritt vom Dritten Reich in die Nachkriegszeit für die deutschen Historiker ziemlich glatt und schmerzlos verlief“. Gleichwohl hat aber auch er nach 1945 einen wesentlich tieferen „Bruch mit den politischen und geschichtswissenschaftlichen Traditionen“ festgestellt als etwa nach 1918. Zuletzt hat Dieter Hein eine differenzierte Bewertung von Kontinuitätslinien und Neuansätzen vorgeschlagen und vor allem die nach 1949 begonnene Zeitgeschichts- und Parlamentarismusforschung der Habenseite der Disziplin gutgeschrieben⁶. Deshalb wird dem Problem des „Bruchs von 1945“ noch besondere Aufmerksamkeit zu widmen sein⁷.

Ernst Schulin hat diese Befunde dahingehend zusammengefaßt, daß er von einem „politisch-moralisch gezähmten Historismus“ als dem Grundton der Geschichtswissenschaft dieser Jahre gesprochen hat, dabei vor allem abhebend auf das allenthalben spürbare neue Gefühl einer moralischen Verantwortlichkeit des Historikers in seiner Zeit. Hans-Günter Zmarzlik hat in seinem selbstkritischen Rückblick auf die Zeit nach der Niederlage ironisierend davon gesprochen, daß seine Generation „aus National-Trompetern zu Moral-Trompetern oder Kultur-Cellisten“ geworden sei⁸. Diese politik- und geistesgeschichtliche Variante des Historismus habe – so die weitere These Schulins – zugleich eine wichtige Funktion insofern erfüllt, „als ohne sie eine Erfassung und wirksame geistige Überwindung von Geschehen und Geschichtsbild der jüngsten deutschen Vergangenheit gar nicht möglich gewesen“ wäre⁹.

⁴ Hans Mommsen, Haupttendenzen nach 1945 und in der Ära des Kalten Krieges, in: Bernd Faulenbach (Hrsg.), *Geschichtswissenschaft in Deutschland* (München 1974) 125.

⁵ Wolfgang J. Mommsen, Gegenwärtige Tendenzen in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik, in: *Geschichte und Gesellschaft* 7 (1981) 149–188, hier 151 ff.

⁶ Dieter Hein, *Geschichtswissenschaft in den Westzonen und der Bundesrepublik 1945–1950*, in: Christoph Cobet (Hrsg.), *Handbuch der Geistesgeschichte in Deutschland nach Hitler 1945–1950* (Frankfurt/M. 1986) 30–40.

⁷ Georg G. Iggers, *Deutsche Geschichtswissenschaft. Eine Kritik der traditionellen Geschichtsauffassung von Herder bis zur Gegenwart* (München 1971) 327.

⁸ Hans-Günter Zmarzlik, *Wieviel Zukunft hat unsere Vergangenheit?* (München 1970) 26.

⁹ Ernst Schulin, *Traditionskritik und Rekonstruktionsversuch. Studien zur Entwicklung von Geschichtswissenschaft und historischem Denken* (Göttingen 1979) 140.

I

Wir müssen zunächst fragen: Was ist in den Jahren 1945–1949 überhaupt deutsche Geschichtswissenschaft? Wenn Gerhard Ritter später im Rückblick auf die unmittelbaren Nachkriegsjahre davon sprach, damals habe es gar keine deutsche Geschichtswissenschaft gegeben, sie sei bis zum Sommer 1949 „nicht wieder aufgelebt“¹⁰, so widersprach dem zumindest schon im Sommersemester 1949 die Lehrveranstaltung des Bonner Historikers Hans Hallmann, der sich „Die deutsche Geschichtswissenschaft seit 1945“ als Seminarthema vornahm¹¹. Angesichts alliierter Verbote und Umerziehungsmaßnahmen, dem anfänglichen Verbot des Schulfachs Geschichte, der Außerkraftsetzung des bisherigen Geschichtsbildes auf der Grundlage der Direktive JCS 1067 muß diese Frage an den Anfang gestellt werden. Welche Äußerungen finden sich überhaupt, die wir heute als qualifizierte Aussagen heranziehen können für eine Zeit, in der es manchen Historikern ganz sinnlos erschien, sich noch mit deutscher Geschichte zu beschäftigen, da es doch kein deutsches Volk mehr gebe¹². Reicht die Tatsache aus, daß die Jahresberichte für deutsche Geschichte 1947 von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin weitergeführt wurden, daß die Monumenta Germaniae Historica in der Abgeschlossenheit des fränkischen Pommersfelden ihre Arbeit fortsetzten oder die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften ihren Präsidenten wechselte und ihre Mitglieder sich im Herbst 1946 zu einer ersten Sitzung trafen, um von einem Neubeginn der deutschen Geschichtswissenschaft zu sprechen?

Das größte Problem besteht ganz sicherlich darin, daß wir aus der Zeit zwischen 1945 und der Neugründung des Historikerverbandes bzw. dem ersten Historikertag in München 1949 keine Äußerungen haben, die man als repräsentativ bezeichnen könnte, auch nicht im übertragenen Sinne, weil das kontrollierende Element einer funktionierenden fachlichen oder öffentlichen Diskussion fehlte. Überspitzt läßt sich sagen, daß man zwischen Mai 1945 und der Wiedereröffnung der Universität Göttingen und den dann schnell folgenden anderen Universitäten nur Individuen ausfindig machen kann, die sich zu historischen Fragen äußern. Wir finden existenziell betroffene Menschen, die in den Wirren des Kriegsendes irgendwo Unterschlupf gefunden haben, die ihre Angehörigen suchen, aller institutionellen Bindungen verlustig gegangen und ohne feste Zukunftserwartungen, die in Gefangenschaft waren oder gerade entlassen wurden, allein dazu verurteilt, mit der Niederlage, ihren Folgen und der Zerschlagung des Nationalstaats fertig zu werden.

Die herausragenden Äußerungen aus dieser Phase sind gewiß die Bücher von Friedrich Meinecke und Gerhard Ritter, die als erste den Versuch einer Bilanzierung des Geschehenen unternahmen. Sowohl die zeitgenössische Reaktion auf diese Bücher als

¹⁰ *Gerhard Ritter*, Deutsche Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert, in: GWU 1 (1950) 81–96, 129–137, hier 135.

¹¹ Vorlesungsverzeichnis Bonn, SS 1949, S. 75.

¹² Dieses Zitat nach *Paul Egon Hübinger*, Um ein neues deutsches Geschichtsbild, in: GWU 1 (1950) 385–401, hier 388.

auch die Position beider Historiker vor und nach 1945 rechtfertigen die Beschäftigung mit Meineckes „Deutscher Katastrophe“ und Ritters „Geschichte als Bildungsmacht“, beide im Jahre 1946 erschienen. Sie bilden freilich nur einen Ausschnitt der insgesamt reichhaltigen Revisionsliteratur nach 1945¹³. Erinnert sei an Autoren wie Alexander Abusch, Fritz Harzendorf, Fritz Helling, Gustav Büscher, Karl Siegfried Bader, Otto Heinrich von der Gablentz, Alfred von Martin und schließlich auch Karl Jaspers. Hinzuweisen ist aber auch auf die Bücher von Ulrich Noack, Fritz Rörig und Gerd Tellenbach, die ebenfalls unmittelbar nach Kriegsende entstanden und eine Deutung der Situation versuchten¹⁴. Gleichwohl spricht angesichts der Position Meineckes und Ritters innerhalb der deutschen Geschichtswissenschaft und der Reaktion auf diese Bücher viel dafür, hier vor allem ihre Stellungnahmen näher zu untersuchen.

Wenn wir nach weiteren Aussagen für unsere Fragestellung suchen, dann müssen wir weiterhin die neuen Lizenzzeitschriften einbeziehen, die das bemerkenswerteste neue Medium kultureller Öffentlichkeit darstellten. Hier wurden vielfach Fragen der deutschen Traditionen, der Kollektivschuld und des Widerstands gegen den Nationalsozialismus erörtert, wobei sich jedoch weit häufiger Publizisten und Schriftsteller als Historiker zu Wort meldeten.

Eine dritte wichtige Quellengruppe stellen schließlich die Vorlesungen und Seminare und die reiche Vortragstätigkeit der Universitäten dar, die ja außerordentlich schnell wieder ihren Lehrbetrieb aufnahmen. Vereinzelt sind hier Vorlesungen oder Vorlesungseinleitungen publiziert worden, wie z. B. die erste Vorlesungsstunde des Göttinger Historikers Siegfried A. Kaehler vom Herbst 1946¹⁵. Daneben müssen aber auch die Themen der Vorlesungen, Seminare und Doktorarbeiten untersucht werden, wenn wir verlässliche Auskunft über die Frage nach Stagnation oder Neubeginn erhalten wollen.

Eine vierte Quellengruppe stellt schließlich das Material dar, das im Kontext der Neugründung des Historikerverbandes, des ersten Historikertages in München 1949 und der ersten Teilnahme am Internationalen Historikerkongress in Paris 1950 entstanden ist. Damit können allerdings nur einige exemplarische Materialgruppen aus einem insgesamt reichen Quellenbestand benutzt werden.

II

Friedrich Meineckes Buch „Die deutsche Katastrophe“ ist bislang überwiegend unter dem Gesichtspunkt seiner politischen Grundüberzeugung untersucht worden, und es bestand in der ersten Phase der Diskussion über dieses Buch die Tendenz, diese Schrift eher als autobiographischen Text zu interpretieren denn als wissenschaftliche

¹³ Vgl. dazu etwa *Gerhard Hay* (Hrsg.), *Zur literarischen Situation 1945–1949* (Kronberg 1977).

¹⁴ *Ulrich Noack*, *Deutschlands neue Gestalt* (Frankfurt 1947); *Fritz Rörig*, *Geschichte und Gegenwart* (Berlin 1946) und *Gerd Tellenbach*, *Die deutsche Not als Schuld und Schicksal* (Stuttgart 1947, geschrieben im Sommer 1945).

¹⁵ Vom dunklen Rätsel deutscher Geschichte, in: *Die Sammlung 1* (1945/46) 140–153.

Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und als Versuch einer Ortsbestimmung der Nation nach der Katastrophe. Eugen Kogon hat sie voller Hoffnung in seiner Rezension in den „Frankfurter Heften“ als „Beginn der Geschichtsrevision“ gewürdigt, ohne freilich Halbheiten und problematische Passagen zu übersehen¹⁶. Die Arbeit, gewiß entstanden unter dem unmittelbaren Erlebnis des Kriegsendes, darf weniger unter dem relativierenden Eindruck der Historismuskritik gelesen werden als vielmehr im Zusammenhang der verzweifelten Suche nach den Gründen für die „deutsche Katastrophe“.

Zunächst scheint mir die Zumutung gegenüber sich selbst bemerkenswert, mit der der 84jährige Historiker, der durch ein Augenleiden an umfangreicher Lektüre gehindert war, sich dem Zwang zur Rechenschaft unterwarf. Niemand konnte in der Situation der Evakuierung in einem fränkischen Dorf und seit Mitte August in Göttingen von diesem Mann erwarten, selbstkritisch zur eben zu Ende gegangenen Geschichte des Dritten Reiches Stellung zu nehmen. Und jeder hätte vermutlich einer emotionalen Reaktion persönlicher Verzweiflung Verständnis entgegengebracht. Meinecke jedoch leistete erheblich mehr. Der Mann, der sich, wenn auch als „Vernunftrepublikaner“, loyal zur Weimarer Republik verhalten hatte¹⁷, der sich aus gutem Grunde zum „geistigen und politischen Gegenlager“ Hitlers rechnen durfte, der in seinem Alter noch von Männern des Widerstandes ins Vertrauen gezogen worden war, beließ es nicht bei der naheliegenden Erklärung des „Hitlerismus“ aus dem Zufall, d. h. aus den Imponderabilien der deutschen Innenpolitik der frühen 30er Jahre. Der Nationalsozialismus Hitlers war für Meinecke darüber hinaus „keine bloß aus deutschen Entwicklungskräften abzuleitende Erscheinung“, sondern er hatte „auch bestimmte Analogien und Vorstufen in den autoritären Systemen der Nachbarländer“.

Diese Vergleiche hatten jedoch nicht – wie angesichts aktueller Diskussionen leicht zu vermuten wäre – die Funktion der Entlastung der Deutschen, sondern sie fügten sich in ein Interpretationsmodell der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, das darauf abzielte, die großen Entwicklungslinien herauszuarbeiten und daraus die aktuelle Lage zu erklären. Diese Entwicklungslinien sah Meinecke vor allem in den „beiden Wellen des Zeitalters“, d. h. der sozialistischen und der nationalen Bewegung, deren soziale Ursachen er klar erkannte – so klar, daß er sich entschuldigen zu müssen glaubte, der von ihm bevorzugten geistesgeschichtlichen Methode untreu geworden zu sein. Im Verhältnis beider Bewegungen meinte er den Schlüssel zur Erklärung der jüngsten Vergangenheit zu sehen.

Diese Grundeinsicht machte es ihm auch möglich, zu einer differenzierten Betrachtung des Preußentums vorzustoßen, dessen „zwei Seelen, eine kulturfähige und eine

¹⁶ Frankfurter Hefte 8 (1946) 776 ff. *Wolfgang Wippermann* hat demgegenüber zu Recht Meineckes Schrift als systematische Analyse des Nationalsozialismus als Teil des europäischen Faschismus gewürdigt und damit die besondere Qualität dieses Versuchs hervorgehoben. Vgl. *ders.*, Friedrich Meineckes „Die deutsche Katastrophe“. Ein Versuch zur deutschen Vergangenheitsbewältigung, in: *Michael Erbe* (Hrsg.), Friedrich Meinecke heute (Berlin 1981) 101–121.

¹⁷ Vgl. zuletzt dazu *Harm Klutzing*, „Vernunftrepublikanismus“ und „Vertrauensdiktatur“: Friedrich Meinecke in der Weimarer Republik, in: *HZ* 242 (1986) 69–98.

kulturwidrige“, er im Vorgriff auf moderne Interpretationen erkannte, dessen „merkwürdig penetranter Militarismus“ ihm nicht verborgen blieb, dessen „Uniformierung“ und „gedankenlose Unterwürfigkeit“ übersehen zu haben, er sich und seiner Generation vorwarf. Er machte sich die späten Warnungen eines Theodor Fontane vor dem „Borussismus“ zu eigen, der in Verbindung mit dem „Militarismus“ eine „schwere Hypothek“ sah, „die auf dem Werk Bismarcks lag“. Im Kampf von 1866 und im Krieg von 1870/71 wollte er jetzt schon die „Keime des späteren Unheils“ erkennen, zumal die Versuche zur friedlichen Vereinigung von nationalen und sozialen Gedanken – etwa im Werk Friedrich Naumanns – mißlangen. Der Riß wurde vertieft durch das Ergebnis des Ersten Weltkriegs. Die fatale Wende in der Entwicklung des deutschen Bürgertums sah er in der Vaterlandspartei und in der Dolchstoßlegende. Sie markierten die Unvereinbarkeit der beiden Grundbewegungen des Zeitalters, der Boden für eine Übersteigerung des Machtwillens war mit ihnen gegeben.

Meineckes Abhandlung, obwohl prinzipiell der Chronologie der deutschen und europäischen Geschichte des 19./20. Jahrhunderts folgend, ist jedoch kein bloßer Abriss der Ereignisse. Immer wieder blendet er in die Analyse des Prozesses systematische Überlegungen über die wirkenden Faktoren der Geschichte ein, wie wir dies bei den beiden „Wellen des Zeitalters“ schon gesehen haben. Zwischen Nachkriegszeit und Drittes Reich schob er eine interessante Betrachtung zur Sozialpsychologie der modernen Welt ein, die er durch die „Verdrängung des homo sapiens durch den homo faber“ charakterisiert sah. Darunter verstand er die mit der Vermehrung technisch-wissenschaftlicher Berufe einhergehende Schwächung der alteuropäischen Vernunft und Vernachlässigung der „irrationalen Seelentriebe“. Dadurch konnte aus dem nüchternen Fachmann der Fanatiker, der Monomane, der moderne Typ des Weltverbessers entstehen. Rosenberg und Hitler waren für ihn Beispiele dieser Entwicklung.

Man wird zugeben müssen, daß Meineckes idealistisches Vokabular manchmal von der Ernsthaftigkeit und Tiefe der Analyse ablenkt, die hier vorgelegt wurde und die in mancher Hinsicht Einsichten vorwegnimmt, wie sie später in Hans Freyers „Theorie des gegenwärtigen Zeitalters“ von 1955 entwickelt wurden. Für unseren Zusammenhang macht dieser Gang der Gedanken aber deutlich, daß hier von Meinecke Analyseverfahren herangezogen und empfohlen wurden, die bislang nicht im Arsenal des tradierten Historismus zu finden waren, die vielmehr aus den Arbeiten der zeitgenössischen Soziologen stammten. Auch hier schlug Meinecke wieder die Brücke zu seinem preußisch-deutschen Hauptstrang, wenn er die Vorformen dieses „modernen technisch utilitaristischen Geistes“ schon im preußischen Militarismus eines Friedrich Wilhelm I. angelegt sah. Er verfolgte diesen Gedanken kritisch weiter bis in die Geschichte der Reichswehr im Weimarer Staat, und in diesen Passagen wird die Analyse oft mit autobiographischen Zeugnissen des Verfassers belegt, wenn Meinecke seine vielfältigen Unterhaltungen etwa mit General Groener nutzte.

Meineckes Analyse erreicht zuweilen eine Eindeutigkeit der Aussage, daß er vor dem Ungeheuerlichen zurückzuschrecken scheint, das er hier aussprechen muß, dem einmal betretenen Pfad der Erkenntnis folgend. Scharf setzt er die „wehrlosen Professoren von 1848“ vom „wehrhaften Junker Otto von Bismarck“ ab. Die „entscheidende Deviation von den westeuropäisch-liberalen Ideen“ war 1848 erfolgt, jetzt konnte man

sich eines spezifisch deutschen Weges zur Einheit rühmen. Freilich gab sich Meinecke keinem Kurzschluß zwischen diesen von ihm erkannten Grundproblemen und dem Sieg des Nationalsozialismus hin. Seine Analyse der Jahre 1930–1933 – häufig belegt mit persönlichen Erinnerungen an Gespräche mit handelnden Zeitgenossen – kreiste um die Begriffe von „Zufall“ und „Allgemeinem“, und es kann kein Zweifel daran bestehen, daß der Sieg Hitlers für ihn nicht notwendig war.

Es können hier nicht alle Teile der Schrift in gleicher Breite analysiert werden. Wesentlich erscheint, daß Meinecke alles tat, um nicht neue Rachegefühle gegen die Sieger zu provozieren. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Ostgebieten „trifft uns leider nicht schuldlos“ und auch für die radikale Ausmerzung aller nationalsozialistischen Ideen sah er allen Anlaß auf seiten der Sieger, wenn er sie auch vor unterschiedsloser Bestrafung warnte. Aus dieser Haltung heraus formulierte er seine zentrale Forderung im letzten Kapitel der Schrift unter dem Titel „Wege der Erneuerung“. „Der radikale Bruch mit unserer militaristischen Vergangenheit, den wir jetzt auf uns nehmen müssen, führt uns aber auch vor die Frage, was aus unseren geschichtlichen Traditionen überhaupt nun werden wird. Unmöglich und selbstmörderisch wäre es, sie in Bausch und Bogen ins Feuer zu werfen und uns als Renegaten zu gebärden. Aber unser herkömmliches Geschichtsbild, mit dem wir groß geworden sind, bedarf jetzt allerdings einer gründlichen Revision, um die Werte und Unwerte unserer Geschichte klar voneinander zu unterscheiden.“

Dies scheint die zentrale Botschaft von Meineckes Analyse zu sein und nicht seine eher am Rande vorgetragene Empfehlung zur Bildung sog. „Goethe-Gemeinden“, die oft mit spöttischem Unterton zitiert worden ist¹⁸. Im übrigen beweisen die unmittelbaren Nachkriegsjahre mit ihrem Rückzug auf die klassische Literatur und die dort vermutete moralische Kompetenz, daß Meinecke hier zumindest in Übereinstimmung mit dem tatsächlichen Grundthema dieser Jahre argumentierte. Doch ist dies wirklich nur ein marginaler Aspekt, der nicht die beachtliche analytische Leistung Meineckes verdecken soll, die auch durch die Rezensionen belegt wird, die diese Schrift erfuhr.

Gerhard Ritters Stellungnahme nach der Niederlage unterschied sich erheblich von der Analyse Meineckes. Dies hing zunächst einmal mit dem ganz offensichtlich unterschiedlichen Informationsstand beider Historiker zusammen. Im Unterschied zu dem auf private Kontakte angewiesenen Meinecke hatte Ritter während des Krieges durch Vermittlung von Adam von Trott zu Solz für das Auswärtige Amt eine Analyse der alliierten Kriegspropaganda gegenüber Deutschland erarbeitet und wußte von daher um die Stereotypen einer zu erwartenden Politik der „Reeducation“. Schon in der von ihm redigierten „Freiburger Denkschrift“ vom Januar 1943 hatte er sich gegen die Theorie eines „Irrweges“ der gesamten neueren deutschen Geschichte verwahrt, und es entsprach dieser Grundauffassung, wenn er jetzt die Gelegenheit nutzte, in seiner 1946 erschienenen Schrift und in vielen anderen Zeitschriftenveröffentlichungen und Vorträgen gegen eine solche Pauschalverdammung der deutschen Geschichte seine Stimme zu erheben. Er konnte dies um so eher tun, als er während der Naziherrschaft

¹⁸ Zuletzt dazu K. Schwab, Zum Goethe-Kult, in: *Gerhard Hay* (Hrsg.), Zur literarischen Situation 1945–1949 (Kronberg 1977) 240–251.

in klarer Gegnerschaft zum Regime gestanden hatte, das ihn schließlich noch im Frühherbst 1944 in Haft genommen hatte¹⁹, aus der er erst durch das Herannahen der Russen befreit wurde.

Es darf jedoch nicht verkannt werden, daß Ritters zuweilen verbale und in nationalen Fragen auch inhaltliche Übereinstimmungen mit der nationalsozialistischen Bewegung auch noch nach dem Krieg für mancherlei Irritationen über seine Stellung dem Regime gegenüber gesorgt haben. Dabei steht seine eindeutige Haltung zum Regime selbst und seine innere Zugehörigkeit zur Widerstandsbewegung außer Zweifel. Sie ist der deutliche Beweis dafür, daß Ritter sich in seiner Haltung den Nationalsozialisten gegenüber in dem klassischen Dilemma aller konservativen Kräfte befand, die sich durchaus in der Lage sahen, ein Stück des Weges mit den Nationalsozialisten gemeinsam zu gehen, solange es z. B. um die Revision des Versailler Friedens ging²⁰.

Ritter pflegte in diesen Nachkriegsjahren die von ihm attackierte Neigung zur pauschalen Verurteilung der neueren deutschen Geschichte als „Vansittartismus“ zu bezeichnen. Dahinter verbarg sich eine antideutsche Haltung, die in England entscheidend von dem Ersten Diplomatischen Berater (bis 1941) im Foreign Office Lord Vansittart geprägt worden war und die – in dessen eigenen Worten – keineswegs auf die völlige Vernichtung Deutschlands abzielte, sondern auf „disarmament“ und „reeducation“²¹.

Dieser Versuch der Abwehr einer pauschalen Fehlinterpretation war jedoch keineswegs das alleinige Ziel von Ritters erster Stellungnahme in Buchform, die unter dem Titel „Geschichte als Bildungsmacht. Ein Beitrag zur historisch-politischen Neubesinnung“ erschien²². Daneben ließ Ritter keinen Zweifel darüber aufkommen, daß es einer „totalen Umstellung unseres deutschen Geschichtsdenkens“ bedurfte. Seine Kritik an „Staatsvergötzung“, Machtpolitik, Alldeutschtum und anderen Übersteigerungen läßt sich bei sorgfältiger Lektüre herausfinden, aber sie prägt nicht den Charakter dieser Schrift. Für den Leser des Jahres 1946 (und der folgenden Jahre, denn es erschienen noch zwei weitere Auflagen sowie Übersetzungen) mußte gerade die Verbindung von der Zurückweisung Vansittart'scher Überlegungen und begrenzter Kritik an einigen Fehlentwicklungen und Übersteigerungen den Eindruck erwecken, daß hier eine in Maßen selbstkritische, aber doch auch selbstbewußte Stellungnahme vorgelegt worden war, die jedenfalls den Eindruck vermied, daß sich die Nation in Sack und Asche zu hüllen habe. Keine „Selbstüberhebung“, aber auch keine „würdelose Selbstent-

¹⁹ Vgl. dazu die biographische Skizze von Andreas Dorpalen in: *Hans-Ulrich Wehler* (Hrsg.), *Deutsche Historiker I* (Göttingen 1971) 86–99, hier 92.

²⁰ Ich verweise für die Biographie Ritters zusätzlich auf die neueste Skizze von *Klaus Schwabe*, *Gerhard Ritter – Werk und Person*, in: *ders., Rolf Reichardt* (Hrsg.), *Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker in seinen Briefen* (Boppard 1984) hier bes. 56 ff. Vgl. jetzt dazu die ergänzende Rezension von *Max Müller*, *Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker*, in: *Historisches Jahrbuch* 106 (1986) 119–134, die freilich nicht auf die scharfen Auseinandersetzungen Ritters mit einzelnen katholischen Historikern eingeht.

²¹ Vgl. *Lord Robert Gilbert Vansittart, Lessons of my Life* (New York 1943) XX und 20 ff. („Vansittartism“) und *ders., Black Record. Germans Past and Present* (London 1941).

²² Erschienen 1946 in Stuttgart bei Brockhaus, 53 S.

ehrung“ war das Motto der Schrift, vielleicht erklärbar bei einem Manne, der aus konservativen Grundpositionen heraus zum Widerstand gegen das Regime gefunden hatte. Seine Absichten in dieser Neubesinnungsdebatte beschrieb Ritter, noch einmal „nicht ohne Bitterkeit“ rückschauend, im Jahre 1950, als er im Rahmen der Auseinandersetzungen um die Gründung des „Instituts für Zeitgeschichte“ öffentlich angegriffen wurde: „Seit 5 Jahren kämpfe ich nun allein auf weiter Flur stehend meinen Kampf für eine vernünftige Selbstbesinnung der deutschen Geschichtswissenschaft ohne voreilige Preisgabe großer Traditionen.“²³

Es bedarf keiner großen Phantasie, um sich den Erfolg eines solchen Programms insgesamt vorsichtiger Revision vorstellen zu können. Das soll nicht heißen, daß es an Ritters Person und Programm nicht Kritik gegeben hätte, gerade aus dem unmittelbar nach Kriegsende starken christlich-abendländischen Denken heraus mochte Ritters Ortsbestimmung in ihrer preußenfreundlichen Sicht zu wenig radikal erscheinen. Schon vor der Auseinandersetzung um Ritters Rolle bei der Gründung des „Instituts für Zeitgeschichte“ war Ritter 1949 im „Rheinischen Merkur“ angegriffen worden, weil er nicht an dem von der französischen Kultusverwaltung organisierten Treffen französischer und deutscher Historiker in Speyer teilgenommen hatte und deshalb als „Saboteur der internationalen Verständigung“ und „geistiger Nachfahre Treitschkes“ kritisiert worden war²⁴.

Ein anderer Gesichtspunkt soll hier herausgehoben werden, der sowohl bei Meinecke als auch bei Ritter auffällt. In beiden Fällen geht es eigentlich nicht um eine Revisionsdiskussion, die unter methodologischen Gesichtspunkten für uns interessant wäre. Von beiden Historikern wurden vorwiegend Inhalte und forschungsleitende Begriffe, Ideen und Interpretamente kritisiert und in Frage gestellt, nicht aber Forschungsmethoden. Am ehesten kamen diese Fragen noch bei Meinecke ins Blickfeld, wenn er von den sozialen Wandlungen des 19. und 20. Jahrhunderts als der entscheidenden Ursache aller Veränderungen sprach, ja sich sogar entschuldigte, sich damit vielleicht von der ideengeschichtlichen Methode zu entfernen. Bei Ritter aber ist ein Reflektieren methodologischer Probleme nicht zu erkennen, so daß seine behutsame Kritik an bestimmten überzogenen Interpretationen eigentlich methodisch folgenlos bleiben mußte, wie seine späteren Aussagen zu diesem Problem noch deutlicher zeigen werden.

Fragt man nach dem Grund für dieses Defizit, denn angesichts des häufigen Vergleichs mit der politisch-sozialen Entwicklung Westeuropas hätte man solche Gedanken erwarten können, drängt sich die Überlegung geradezu auf, daß es die Dominanz eines bestimmten Geschichtsbildes war, das hier auf methodologischem Gebiet eine Revision verhinderte. Bei beiden Historikern nämlich findet sich eine durchgehende Linie der Interpretation des 20. Jahrhunderts. Dieses Jahrhundert ist für sie durch „Vermassung“ und „Massenmenschentum“ geprägt. Hier droht die eigentliche Gefahr, hier liegt das Potential für soziale Unruhe und politische Verführbarkeit.

²³ Ritter an Percy Ernst Schramm am 10. 5. 1950, Archiv VHD 2. (Das Archiv des VHD befindet sich im Max-Planck-Institut für Geschichte in Göttingen.)

²⁴ So Ritter in einem Rundschreiben an den Vorstand des VHD am 9. 5. 1949 in Archiv VHD 2.

Ritter hat vor allem in seiner 1948 erschienenen Schrift „Europa und die deutsche Frage“ in der Entstehung eines „entpersönlichten Massenmenschentums vor allem als Folge des Ersten Weltkrieges“ eine wesentliche Voraussetzung der faschistischen Bewegungen gesehen. Bei Meinecke ist die „Vermassung“ geradezu die Signatur des 20. Jahrhunderts. Gegen solche universalen Tendenzen half in der Sprache Ritters nur die Vernunft eines starken Staates, nur er konnte den Ausgleich der widerstrebenden Interessen herbeiführen. Die Folge eines solchen Verständnisses war nicht nur eine begrenzte Wertschätzung der Demokratie, die nur als „elitäre“ Demokratie gedacht werden konnte²⁵, sondern auch das evidente Defizit geeigneter Kategorien zur Analyse von Massenphänomenen, also der Gesellschaft. Es ist durchaus charakteristisch, wenn Ritter in seiner Genealogie des egalitären Massenstaates auf Rousseau und auf die jakobinische Phase der Französischen Revolution zurückgriff, wo die Entartungsmöglichkeiten der Demokratie schlagend unter Beweis gestellt schienen²⁶. Es scheint, daß es die Gesellschaftsferne sowohl Ritters als auch Meineckes war, die den Grund dafür bildete, daß die Kritik der herkömmlichen Geschichtswissenschaft inhaltlich blieb und keine methodischen Folgewirkungen zeitigen konnte. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß es die gesellschaftlichen Veränderungen des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts gewesen waren, die an vielen Orten in Europa eine „andere“ Geschichtswissenschaft hervorgerufen hatten²⁷, mag das Manko einer Geschichtsauffassung noch deutlicher werden, die noch nach 1945 dem Phänomen der modernen industriellen Gesellschaft und der ihr adäquaten demokratischen Ordnung hilflos, wenn nicht gar mit Ablehnung gegenüberstand.

III

Wir haben bislang mit Friedrich Meinecke und Gerhard Ritter zwei Historiker zu Wort kommen lassen, die – wenn auch verschiedenen Generationen angehörend – zu den Älteren gezählt werden mußten. Beide standen gewissermaßen stellvertretend für die Generationen, die für den Verlauf der deutschen Geschichte verantwortlich zu machen waren, wenn auch nur in einem indirekten Sinne. Damit ergibt sich die Frage nach der Reaktion der jungen Generation auf das „Dritte Reich“, die Niederlage und das Vakuum der ersten Nachkriegsjahre. Äußerungen dieser Generation finden sich am ehesten noch in den neugegründeten Zeitschriften jener Jahre, die in vielen Fällen

²⁵ So *Schwabe*, Ritter-Briefe, 101.

²⁶ Vgl. *Gerhard Ritter*, Lebendige Vergangenheit. Beiträge zur politisch-historischen Selbstbesinnung (München 1958) vor allem 41 f. Vgl. auch *ders.*, Europa und die deutsche Frage (München 1948) 193 f. In diesem Zusammenhang ist es von Interesse, daß der englische Historiker Geoffrey Barraclough Ritter in einem Artikel in TLS vom 14. 4. 1950 vorwarf, er wolle die Idee der westeuropäischen Menschenrechte als Ursprung des Totalitarismus diskreditieren „and that the only way to check this western disease is a strong remedial dose of the German Rechtsstaat ... à la Wilhelm I. and Bismarck“.

²⁷ Vgl. *Winfried Schulze*, Soziologie und Geschichtswissenschaft. Eine Einführung in die Probleme der Kooperation beider Wissenschaften (München 1974) 48 ff.

jedenfalls die Funktion eines Sprachrohrs der jungen und mittleren Generation übernahmen²⁸. Es sind dies zwar keine Zeitschriften, die wir als historische Zeitschriften im engeren Sinne bezeichnen können, aber es sind Kulturzeitschriften mit einem relativ breiten thematischen Spektrum, die natürlich auch immer wieder zu den drängenden Fragen jener Jahre Stellung nahmen, die uns in diesem Zusammenhang interessieren. Man sprach damals von einer „Flucht in die Zeitschrift“²⁹. Schon die Namen dieser neuen Zeitschriften klingen meist wie eine programmatische Aussage: Aufbau, Aussaat, Die Sammlung, Begegnung, Besinnung, Bogen, Das neue Wort, Einheit, Ende und Anfang, Die Fähre, Frischer Wind, Gegenwart, Geist und Tat, Das goldene Tor, Horizont, Merkur, Neubau, Neues Abendland, Neues Europa, Neue Ordnung, Prisma, Der Ruf, Standpunkt, Umschau, Die Wandlung (als Wiedergründung), Weltstimme, Zeichen der Zeit. Die Literaturgeschichte dieser Jahre hat es sich angewöhnt, von der „Zeitschrifteneuphorie“ der Nachkriegsjahre zu sprechen³⁰.

„Der Ruf“ ist dabei schon relativ oft gewürdigt worden, weil er, aus einer Lagerzeitung in einem amerikanischen Kriegsgefangenenlager im Winter 1944/45 entstanden und seit dem 15. August 1946 auf dem deutschen Markt, schon im April 1947 unter Hinweis auf seine „nihilistischen“ Tendenzen wieder verboten wurde. Das Verbot dieser Zeitschrift war insofern von Bedeutung, als dieser Vorgang die Bildung einer Gruppe junger Schriftsteller und Publizisten veranlaßte, die dann unter dem Signum der „Gruppe 47“ zu einem wesentlichen Element der Literatur der Bundesrepublik geworden sind. „Der Ruf“, der sich im Untertitel „Unabhängige Blätter der jungen Generation“ nannte, suchte bewußt nach der Abgrenzung von der älteren Generation, sie war sein Programm: „Das junge Europa formt sein Gesicht“ war der Titel des Leitartikels der ersten Nummer. Charakteristischerweise war es die Frage der „Kollektivschuld“ und einer daraus abzuleitenden „reeducation“, die einen der Hauptstreitpunkte mit den amerikanischen Zensurinstanzen bildete. Angesichts der Verbreitung der Zeitschrift – ca. 100 000 verkaufte Exemplare –, ihrer Verankerung in der Bevölkerung und ihres auch politischen Gewichts konnte eine solche Publikation mit ihrer eigentümlichen Verbindung radikaldemokratischen, sozialistischen, nationalen und europäischen Denkens nicht länger geduldet werden.

Die politisch-historische Position dieser Zeitschrift kann trotz der notwendigen Differenzierungen innerhalb des Herausgeber- und Mitarbeiterkreises doch durch ei-

²⁸ Zur Pressepolitik der Alliierten nach 1945 vgl. *Harry Pross* (Hrsg.), *Deutsche Presse seit 1945* (1965) 29f. (Beitrag von *Harold Hurwitz* über die „Pressepolitik der Alliierten“).

²⁹ So jedenfalls *Hartmann Goertz* in einem Artikel der „Neuen Zeitung“ vom 13. 1. 1947, abgedruckt in: *Als der Krieg zu Ende war. Literarisch-politische Publizistik 1945–1950* (Stuttgart 1973) 47. Dabei ist jedoch zu bedenken, daß die Existenz von insgesamt 388 Zeitschriften (davon 45 allgemeine Kulturzeitschriften) am 1. 4. 1947 nur eine „täuschende Fülle“ insofern darstellte, als dies nur ein verschwindender Bruchteil der über 8000 Zeitschriften war, die vor dem Krieg in Deutschland erschienen. Vgl. dazu die Zahlen bei *Joachim Besser* in: *Die Sammlung* 2 (1947) 405 ff.

³⁰ Vgl. *Hermann Glaser*, *Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Währungsreform 1945–1948* (München, Wien 1985) 197 für die wichtigsten Zeitschriftentitel.

nen Artikel charakterisiert werden, den der Mitherausgeber Hans Werner Richter am 15. Januar 1947 veröffentlichte und der mit dem programmatischen Satz begann: „Deutschland ist ein Land der halben und niemals beendeten Revolutionen, der glücklichen Konterrevolutionen und der versäumten Evolutionen. Das begann mit der Reformation, wurde fortgesetzt 1848, erlebte seine tragische Wiederauferstehung 1918, wurde zur vollendeten Farce 1933 und endete mit einem völligen Schweigen 1945.“³¹ Richters Konzept ging von einer nie geschlossenen Diskrepanz zwischen den großen ökonomischen und sozialen Umschichtungen und der notwendigen Anpassung der „Staatsmaschine“ aus. Auch die Erfahrung der ersten beiden Nachkriegsjahre fiel für Richter unter dieses Verdikt. Wieder war die Revolution verpaßt worden, auch die Besatzungsmächte konnten die Revolution nicht frei Haus liefern, die Chance des Neuanfangs wurde nicht genutzt. In diesen Zeilen Richters spiegelte sich schon die Unzufriedenheit mit der kompromißlerischen Reaktion der bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien, mit den fehlenden radikalen Veränderungen.

Doch „Der Ruf“ vertrat eine Ausnahmeposition und die ohnehin nur für eine kurze Zeit. Die anderen Zeitschriften, die hier mit zu untersuchen wären, verhielten sich in den hier interessierenden Fragen erheblich zurückhaltender, waren auch stärker von Vertretern der älteren Generation dominiert, etwa die von einer Pädagogengruppe unter Herman Nohl herausgegebene „Die Sammlung. Zeitschrift für Kultur und Erziehung“. Dies gilt sogar für die erste nach dem Krieg publizierte Studentenzeitung, die an der Universität Göttingen seit dem 11. Dezember 1945 erscheinen konnte, nachdem zum Wintersemester 1945/46 der Lehrbetrieb wieder aufgenommen worden war.

Die „Göttinger Universitätszeitung“ ist über ihre Aussagen über das Göttinger Geschehen hinaus von besonderem Wert für die allgemeine Diskussion an den Hochschulen der verschiedenen Zonen. Ihre an der universitären Praxis ausgerichtete Berichterstattung zeigt eindrucksvoll, wie die Bewältigung der „großen Fragen“ im Alltag ablief. Zwar erschienen ausführliche Artikel über die Schuldfrage³², den Widerstand gegen Hitler, das Verhältnis zur Politik, angeregt durch Vorträge oder Veröffentlichungen, es gab auch Leserbriefe und Diskussionen, doch erstaunlich schnell gewann die Bewältigung der Realität des Studiums, der Zulassungspraxis, der Wohnungsnot, der wissenschaftlichen Kommunikation, aber auch der Unterhaltung und des Sports wieder die Oberhand. Nachrufe auf verstorbene Historiker wie Hermann Oncken, Karl Brandi, Erich Brandenburg lassen keinen kritischen Gedanken aufkommen, höchstens in den Kurzrezensionen neuer Bücher findet sich ab und an eine eher beserwiserische als wirklich kritische Bemerkung.

³¹ Der Ruf Nr. 11 vom 15. Januar 1947, 1. Vgl. jetzt *Jerôme Vaillant*, *Der Ruf. Unabhängige Blätter der jungen Generation (1945–1949). Eine Zeitschrift zwischen Illusion und Anpassung* (München 1978).

³² Allgemein dazu *Hans Zürrlein*, *Die Frage der Kollektivschuld aus dem Blickwinkel deutscher Literaten und Publizisten*, in: *Gerhard Hay* (Hrsg.), *Zur literarischen Situation 1945–1949* (Kronberg 1977) 15–35. Zu diesem gesamten Komplex jetzt die Analyse von *Barbro Eberan*, *Luther? Friedrich ‚der Große‘? Wagner? Nietzsche? ...? ...? Wer war an Hitler schuld? Die Debatte um die Schuldfrage 1945–1949* (2. erw. Auflage München 1985) mit ausführlichen Übersichten über das einschlägige publizistische Material.

Die Vorträge eines Martin Niemöller wurden zwar von ca. zwei Drittel aller Göttinger Studenten besucht und erregten auch den Widerspruch einiger reaktionärer Studenten wegen seiner klaren Aussage zur Schuldfrage, doch läßt sich solchen Anregungen keine grundsätzliche Infragestellung der traditionellen Geschichtswissenschaft entnehmen. Es bildete sich sehr schnell ein neuer Konsensus von Wissenschaftlichkeit und unpolitischer Haltung heraus, der vorzüglich in einem Beitrag des Wirtschaftshistorikers Wilhelm Treue zum Ausdruck kam, wenn er gegenüber jenen Kommilitonen Geduld und Toleranz empfahl, die durch Erziehung, Elternhaus und Armee zu Nazis gemacht wurden: „Muß denn jeder Mensch, stets und ständig, mit 25 und mit 60 Jahren, „politisch“ sein, d. h. politisch arbeiten, Stellung nehmen, Partei ergreifen?“³³

Befragt man die in der Göttinger Universitäts-Zeitung veröffentlichten Artikel von Historikern wie Ludwig Dehio, Reinhard Wittram, Siegfried A. Kaehler und Gerhard Ritter auf einen deutlich erkennbaren Neuansatz in der Geschichtswissenschaft hin, wird neben dem behutsamen Eingeständnis partiellen Fehlverhaltens kaum ein Gedanke erkennbar, der über den Rahmen eines „moralisch gezähmten Historismus“ hinausreichen würde.

Bei der nachträglichen Lektüre der „Göttinger Universitäts-Zeitung“, die hier als Indiz für die Reorganisation der deutschen Universitäten und ihres geistigen Lebens herangezogen wurde, wird außerdem deutlich, daß die Wiedereröffnung der Universitäten außerordentlich schnell vor sich ging, sehr bald auch übergreifend organisiert wurde und in erstaunlich weitgehender deutscher Autonomie vollzogen werden konnte. Bereits im September 1945 trafen sich z. B. die Universitätsrektoren der Britischen Zone mit den zuständigen Beamten der Militärregierung zur ersten Nordwestdeutschen Hochschulkonferenz, um die gemeinsamen Probleme zu besprechen³⁴. Dabei wurde in einer Ansprache von dem Vertreter der Militärregierung betont, daß man von britischer Seite die deutschen Hochschulen keineswegs völlig reformieren wolle. Außerdem gehe man davon aus, daß es zwar eine Verantwortlichkeit aller Deutschen für die jüngste Geschichte, nicht aber eine Kollektivschuld aller Deutschen gebe³⁵. Die Haltung gegenüber den Universitäten unterschied sich erheblich von der Einstellung der Besatzungsmächte gegenüber den Schulen und den Pädagogischen Akademien. Letztere durften erst wieder im Jahre 1946 ihre Arbeit aufnehmen, und in den Schulen machten sich die Überprüfungsmaßnahmen auch zahlenmäßig stark bemerkbar³⁶. Nur beiläufig soll darauf aufmerksam gemacht werden, daß es unmittelbar nach 1945 praktisch keinen Geschichtsunterricht gab. In der Französischen Zone wurde er

³³ GUZ I, Nr. 3, S. 8.

³⁴ GUZ I, Nr. 7, S. 22. Zur Geschichte der Nordwestdeutschen Rektorenkonferenz, ihrer Gründung und den ersten Entschlüssen vgl. *Rolf Neuhaus* (Hrsg.), *Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959* (Wiesbaden 1961) 16 ff. und *Jürgen Fischer*, *Westdeutsche Rektorenkonferenz. Geschichte, Aufgaben, Gliederung* (Bad Godesberg ²1961) 5f.

³⁵ GUZ I, Nr. 3, S. 6f.

³⁶ Vgl. dazu *Christoph Kleßmann*, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955* (Göttingen 1982) 92 ff.

erst 1948 wieder zugelassen, aber nur in den Bereichen bis zum 19. Jahrhundert³⁷. Die Übergangslehrpläne, die in der Rheinprovinz und Westfalen im Herbst und Winter erarbeitet wurden, sahen für die Gymnasien noch keinen Geschichtsunterricht vor, lediglich Kunstgeschichte war für die Oberstufe vorgesehen³⁸. Das Unterrichtsfach Geschichte wurde erst wieder greifbar in den Lehrplänen für die Sonderlehrgänge zur Erlangung der Hochschulreife. Hier war freilich unter Verzicht auf eine zusammenhängende pädagogische Konzeption lediglich die Absicht zu erkennen, diese Schülergeneration in ein vages universalgeschichtlich-europäisches Welt- und Geschichtsbild einzuführen, das jedoch mit dem Jahr 1933 endete. Seit 1946 wurde dann Geschichtsunterricht in Nordrhein-Westfalen in lokaler Differenzierung erteilt, erst in diesem Jahr kam es zur Erarbeitung von Lehrplänen. Diese Entwicklung des schulischen Geschichtsunterrichts ist vor allem im Hinblick auf die weitgehende universitäre Autonomie bemerkenswert.

Es fällt im übrigen auf, daß gegenüber den sehr früh einsetzenden Fakultätentagen der Physiker, Chemiker, Juristen über vergleichbare Aktivitäten der Historiker nicht berichtet wurde. Auch der Historikertag von 1949 fand relativ spät statt, wenn man bedenkt, daß die erste Versammlung der Philosophen bereits 1947 in Garmisch stattgefunden hatte und der erste Nachkriegssoziologentag sogar schon im Jahre 1946³⁹. In den Akten des Historikerverbandes findet sich jedoch kein Hinweis darauf, daß – wie damals vermutet wurde⁴⁰ – die späte Neugründung und der Historikertag erst im Jahre 1949 mit direkten Verboten der Besatzungsmächte zu erklären sind. Wichtiger für die Verzögerung scheint – neben den allgemeinen Zeitumständen, die eine übergreifende Organisation ohne Zweifel erschwerten – die Tatsache gewesen zu sein, daß innerhalb der Historikerschaft selbst offensichtlich widersprüchliche Ansichten hinsichtlich der Notwendigkeit einer Neugründung bestanden, auf die noch eingegangen werden soll.

IV

Ein noch eindeutigeres Bild als dieser durch eine Zeitschrift vermittelte Blick in die Praxis der universitären Reorganisationsphase bietet der Blick auf die Inhalte der akademischen Lehre, jedenfalls soweit sie sich aus den Vorlesungsankündigungen und

³⁷ Vgl. *Erich Kosthorst*, Von der „Umerziehung“ über den Geschichtsverzicht zur „Tendenzwende“. Selbstverständnis und öffentliche Einschätzung des Geschichtsunterrichts in der Nachkriegszeit, in: *Oswald Hauser* (Hrsg.), *Geschichte und Geschichtsbewußtsein* (Göttingen 1981) bes. 128 ff.

³⁸ Nach *Peter Hüttenberger*, *Geschichtsbild und Geschichtsunterricht in der britischen Zone*, in: *Oswald Hauser* (Hrsg.), *Geschichte und Geschichtsbewußtsein* (Göttingen 1981) 120 ff.

³⁹ Vgl. dazu den Bericht von *Heinz Maus* in: *Die Umschau. Internationale Revue*, 2, Heft 1 (1947) 85.

⁴⁰ In einem Bericht über den ersten Nachkriegshistorikertag 1949 sprach Georg Stadtmüller davon, daß die Militärbehörden dem VHD erst 1949 die Wiederaufnahme der Arbeit ermöglichen (nicht gekennzeichnete Ausriß in Archiv VHD 1). Diese Bemerkung kann sich nur auf die Schwierigkeiten beziehen, die speziell Gerhard Ritter mit der französischen Verwaltung hatte, die den seit 1948 in Gründung befindlichen Verband als einen ungenehmigten Verein betrachtete. Die anderen Regierungen machten keine Schwierigkeiten.

den veröffentlichten Doktorarbeiten ermitteln lassen. Die Durchsicht des spärlichen Lehrangebots der Universitäten in den Jahren 1946 bis 1949 läßt im Bereich der Historischen Institute jedoch keinen Schluß darauf zu, daß durch eine entschiedene neue Themensetzung oder durch eine stärkere Einbeziehung sozial- und wirtschaftsgeschichtlicher Fragen eine tiefgreifende Veränderung stattgefunden habe: „Also statt Wiedergeburt: Kontinuität“, so hat Hermann Heimpel die Göttinger Zustände charakterisiert, und er hat damit im wesentlichen den Gesamttrend erfaßt. Zuweilen hat man sogar den Eindruck, als sei überhaupt nichts geschehen, etwa wenn Karl Brandt in Göttingen im Wintersemester 1944/45 „Mittelalter I“ las und seine Arbeit im Wintersemester 1945/46 mit „Mittelalter II“ fortsetzte⁴¹.

Daß sich die Landesgeschichte am ehesten als das Vehikel herausstellte, in dem eine Verbindung von Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte realisiert werden konnte, wird den Kenner nicht überraschen. Der Bonner Landeshistoriker Franz Steinbach zeigte dies z. B. in seinen Lehrveranstaltungen⁴². Gewiß finden sich daneben auch Lehrveranstaltungen, die auf bestimmte politische und theoretische Problemlagen reagieren. In Bonn lasen Holtzmann und Just über „Grundfragen der historischen Erkenntnis“ und historiographische Probleme, Braubach las 1948 selbstverständlich über die Revolution von 1848, Hallmann über das „Preußentum. Darstellung und Kritik“, Paul Egon Hübinger, der sich noch zu Beginn der 50er Jahre intensiv um eine Revision des Geschichtsbildes bemühte⁴³, wandte sich der „Geschichte des Abendlandes“ zu. Im Sommersemester 1949 kündigte Hans Hallmann – wie bereits erwähnt – sogar eine Lehrveranstaltung „Die deutsche Geschichtswissenschaft seit 1945“ an, und im gleichen Semester veranstaltete der Mediävist Fritz Kern ein Kolloquium mit dem Titel „Wie studiert man Universalgeschichte?“⁴⁴. In Göttingen fiel Werner Conze mit seiner Vorlesung „Deutsche Sozial- und Verfassungsgeschichte vom Ausgang des Mittelalters“ im Vergleich zu Kaehlers „Die große Politik von 1890–1914“ (SS 1947) auf. Es charakterisiert die Lage dieser Jahre treffend, daß Kaehler, der Ordinarius für Neuere Geschichte, diese intensive Beschäftigung Conzes mit der Sozialgeschichte nicht sonderlich schätzte⁴⁵. In Heidelberg hat die Auswertung des Lehrangebots seit 1946 ein starkes Übergewicht der allgemeinen politischen Geschichte und Geistesge-

⁴¹ Dies berichtet *Hermann Heimpel*, Neubeginn 1945, in: *Der Neubeginn der Georgia Augusta zum Wintersemester 1945–46* (Göttingen 1986) 15–29, hier 23. Das vorige Zitat ebd.

⁴² So z. B. im Sommersemester 1948 mit einer Übung „Probleme der deutschen Verfassungsgeschichte, Sozialgeschichte und Wirtschaftsgeschichte“, die er in diesen Jahren regelmäßig anbot. Die folgenden Angaben nach den Vorlesungsverzeichnissen der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

⁴³ Vgl. *Paul Egon Hübinger*, Um ein neues deutsches Geschichtsbild, in: *GWU* 1 (1950) 385–401.

⁴⁴ Freundliche Mitteilung von Prof. Dr. Karl J. Narr (Münster) nach Ausweis seines Studienbuches.

⁴⁵ Wolfgang Zorn spricht in seinem Nachruf auf Werner Conze in *VSWG* 73 (1986) 153–157, hier 154 davon, daß Conze und seine Schüler wegen ihrer neuen Gegenstände und Methoden mit Kaehler Schwierigkeiten gehabt hätten. Mein Kollege Wolfgang Köllmann, der in Göttingen einer der ersten einschlägig arbeitenden Doktoranden Conzes war, hat mir diesen Sachverhalt aus eigener Kenntnis heraus bestätigt. Zu Conzes Tätigkeit in Göttingen jetzt auch der in Anm. 122 angeführte Beitrag von Wolfgang Schieder.

schichte ergeben. Auch hier bestätigte sich, daß die deutschen Universitäten nach 1945 „keine Stunde Null, keine Zäsur“ erlebten⁴⁶.

Der Versuch einer Zusammenfassung trifft sicher die wirklichen Verhältnisse, wenn man – von wenigen Ausnahmen abgesehen – das Lehrangebot überwiegend als thematisch und methodisch traditionell bezeichnet. Dabei bemerkt man jedoch eine relativ starke Verbindung von politischer und Geistesgeschichte, ganz zweifellos ein Versuch der Historiker, der „Dämonie der Macht“ zu begegnen. In dieser Bilanz fallen auf den ersten Blick auch offensichtliche Ausnahmen auf wie der Tübinger Rudolf Stadelmann, der sich der Erforschung der westeuropäischen und deutschen Revolutionen zuwandte. Ein zweiter Blick ergibt jedoch die relativierende Einsicht, daß Stadelmann hiermit Überlegungen aufgriff, die ihn während des „Dritten Reiches“ dazu bewogen hatten, das Jahr 1933 als entscheidende Revolution der deutschen Geschichte zu betrachten⁴⁷. Eine Ausnahmeerscheinung war gewiß der Würzburger Historiker Ulrich Noack, der z. B. ein Privatissimum über „Geschichte und Wahrheit“ veranstaltete, über die Nationalversammlung von 1848 und die Französische Revolution las, Ranke und Droysen verglich, die Revolution und das Kaiserreich untersuchte und sich mit Burckhardt beschäftigte, dessen zivilisationskritische Position ihn ohnehin zu einem der populärsten Geschichtsdenker jener Jahre machte⁴⁸.

Nach diesem Überblick kann es nicht verwundern, wenn sich die Dissertationen der Nachkriegsjahre auch in dem durch die Lehrveranstaltungen gezogenen Rahmen bewegten⁴⁹, sofern es nicht überhaupt Arbeiten waren, die schon vor oder im Krieg begonnen worden waren und dies auch noch in der Begrifflichkeit erkennen ließen.

⁴⁶ Vgl. dazu *Christian Peters*, Lehrangebot und Geschichtsbild. Ein Beitrag zu einer Sozialgeschichte des Faches Geschichte an der Heidelberger Universität, in: *Robert Deutsch u. a.* (Hrsg.), Eine Studie zum Alltagsleben der Historie. Zeitgeschichte des Faches Geschichte an der Heidelberger Universität 1945–1978 (Heidelberg 1978) 1–38 und allgemein zur Wiedereröffnung in Heidelberg am 19. Januar 1946 *Frank R. Pfetsch*, Neugründung der Universität nach 1945, in: *Karin Buselmeier-Dietrich, Harth-Christian Jansen* (Hrsg.), Auch eine Geschichte der Universität Heidelberg (Heidelberg, Mannheim 1985) 365–380, hier 365.

⁴⁷ Vgl. seine erste Vorlesung im Wintersemester 1945/46 über die Geschichte der Englischen Revolution (als Buch Wiesbaden 1954), die er mit der Frage nach dem Beginn des „Irrwegs“ der deutschen Geschichte und der Forderung nach einer Annäherung von individualisierender und generalisierender Methode eröffnete (ebd. S. 8, 15). Vgl. auch *ders.*, Deutschland und Westeuropa (Schloß Laupheim 1948).

⁴⁸ Vgl. dazu die Fülle der Burckhardt-Titel in der „Bibliographie“ in GWU 1 (1950) bes. 54 und 58. Noack, ein Schüler Meineckes mit weitausgreifenden politischen Zielvorstellungen, trat 1946 auch durch seinen Versuch hervor, auf dem Hohen Meißner in Wiederbelebung der Gedanken von 1913 eine „Freie Deutsche Jugendbewegung“ zu gründen, ein Unternehmen, dem offensichtlich kein großer Erfolg beschieden war. Noack hatte auch einen schriftlichen Plan vorgelegt, eine „Reichshauptstadt Hohenmeißner“ zu errichten. Vgl. GÜZ I, Nr. 18, S. 1 und dazu seine Schrift: Deutschlands neue Gestalt in einer suchenden Welt (Frankfurt/M. 1946) 91 ff. mit konkreten Vorschlägen für die Gestaltung dieser neuen Hauptstadt. Vgl. *Heinrich Euler*, Ulrich Noack – Ein Leben aus freier Mitte, in: Ein Leben aus freier Mitte. Festschrift f. U. Noack z. 60. Geburtstag (Göttingen 1961) VII–XXXII.

⁴⁹ Vgl. dazu die Heidelberger Beobachtungen in *Robert Deutsch u. a.* (Hrsg.), Eine Studie zum Alltagsleben der Historie, 86 ff.

Vor allen Dingen die landesgeschichtliche Forschung profitierte von der offensichtlichen Abwendung von ideologieverdächtigen Themenkomplexen. Der generelle Rekurs der Disziplin auf Ranke und Burckhardt, wie er sich in einer Fülle von Lehrveranstaltungen über diese beiden Historiker dokumentierte, schlug sich auch in der Tatsache nieder, daß von den etwa 40 Dissertationen, die zwischen 1945 und 1951 an den westdeutschen Universitäten über historiographiegeschichtliche Themen verfaßt wurden, sich allein fünf mit Ranke beschäftigten⁵⁰.

V

Es wurde schon darauf hingewiesen, daß die Neuorganisation der Historiker im Verhältnis zur allgemeinen Neubegründung des universitären Bildungswesens und der anderen wissenschaftlichen Berufsverbände und Fakultätentage offensichtlich relativ spät erfolgte. Zur Erklärung kann man – obwohl dies naheliegender wäre – kaum auf das schon erwähnte Verbot des Geschichtsunterrichts in den Schulen verweisen oder auf die noch nicht abgeschlossenen Maßnahmen zur politischen Säuberung der Lehrkörper. In den einzelnen Ländern kam es manchmal zu spektakulären Massentlassungen, die in ihrer pauschalen Vorgehensweise oft viel böses Blut machten und großes öffentliches Aufsehen erregten. So wurden im Februar 1947 auf Veranlassung der Amerikanischen Militärregierung allein in Erlangen 76 Entlassungen im Bereich des akademischen Personals ausgesprochen⁵¹. In Göttingen waren es im Jahre 1945 zunächst 125 Entlassungen, die ausgesprochen wurden, von denen viele jedoch bald wieder zurückgenommen wurden⁵². In Frankfurt am Main wurde der NS-Rektor Walter Platzhoff vom Dienst suspendiert, ohne wieder eine Lehrtätigkeit aufzunehmen⁵³. In Heidelberg wurde sein Kollege Willy Andreas wenige Tage nach der Wiedereröffnung der Universität von der amerikanischen Besatzungsmacht entlassen, doch kehrte er bald darauf wieder auf seinen Lehrstuhl zurück, um dann emeritiert zu werden⁵⁴. Gleichwohl äußerte sich Walter L. Dorn, ein Berater General Clays, im Mai 1946 außerordentlich kritisch über die Verzögerungstaktik speziell der bayerischen Kultusverwaltung. Er sprach sogar von einer „Ordnungszelle Bayern“ und beklagte die Entscheidung der Amerikanischen Militärverwaltung, in München eine bloße Wiederherstellung der Universität betrieben zu haben⁵⁵. Im November 1946 beschwerte sich das

⁵⁰ Ich verdanke diese Informationen über Dissertationen und Lehrveranstaltungen über Ranke und Burckhardt der noch unpublizierten Dissertation von *Horst Walter Blanke*, *Historiographiegeschichte als Historik* (Bochum 1986) S. 487 der masch. Fassung.

⁵¹ GUZ II, Nr. 6, S. 18.

⁵² GUZ I, Nr. 5, S. 15. – Vgl. dazu auch den Report Nr. 4237 des Office of Intelligence Research vom 3. Juni 1947 über den Stand der Umerziehungsmaßnahmen in Deutschland, besonders der Universitäten, in: *Alfred Söllner* (Hrsg.), *Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland*, Bd. 2 (Frankfurt/M. 1986) 177–216, hier 182 ff.

⁵³ Freundliche Mitteilung meines Frankfurter Kollegen Notker Hammerstein, der z. Z. an einer Geschichte der Universität Frankfurt/M. arbeitet.

⁵⁴ *Pfetsch*, Neugründung, 367.

⁵⁵ Vgl. *Walter Dorn*, *Inspektionsreisen in der US-Zone. Notizen, Denkschriften und Erinnerungen*, hrsg. von *Lutz Niethammer* (Stuttgart 1973) 87.

Bayerische Kultusministerium darüber, daß durch die Entlassung von 33 Professoren durch die amerikanische Militärregierung nicht mehr alle Professuren der Münchener Universität besetzt werden könnten. Diese Professoren waren am 13. November entlassen worden, weil ihnen die „politischen, liberalen und moralischen Qualitäten“ fehlten, „die zur Entwicklung der Demokratie in Deutschland notwendig sind“⁵⁶.

Zusammenfassend wird man sagen können, daß die zu Anfang der fünfziger Jahre in politischer Absicht ermittelten Zahlen über die Verluste der deutschen Hochschulen durch „Vertreibung, Emigration und Entnazifizierung“ (in dieser Zusammenstellung!) für die Geschichtswissenschaft kaum zutreffen. Die damals verwendeten Zahlen gingen auf eine Artikelserie der Zeitschrift „Christ und Welt“ im Jahre 1950 zurück und sprachen davon, daß von den über 900 vor 1945 entlassenen Dozenten etwa 165 wieder auf deutsche Lehrstühle zurückkehrten, während von den nach 1945 aus politischen Gründen entlassenen 4289 Dozenten im Jahre 1950 2773 ihre Stellungen verloren hatten⁵⁷. Für die Geschichtswissenschaft läßt sich dieses Zahlenverhältnis kaum aufrechterhalten. Wie sich das Fach nach 1933 von nationalsozialistischen Personalcrotis relativ freihalten konnte, so blieb es nach 1945 auch von tiefgreifenden Entnazifizierungskampagnen mit personellen Konsequenzen verschont, wenn man einmal von vorübergehenden Dienstenthebungen absieht. Nach der bislang gründlichsten Untersuchung waren in Deutschland und Österreich von 110 Lehrstuhlinhabern des Fachs Geschichte überhaupt nur 20 von Entnazifizierungsmaßnahmen betroffen⁵⁸. Die Chancen, einen Parteigenossen-Kollegen zu „desinfizieren“ – wie man damals sagte – und damit wieder verwendungsfähig zu machen, waren durchaus gut⁵⁹. Auch auf diesem Felde dürfte deshalb von einem hohen Maß an Kontinuität zu sprechen sein.

In der deutschen Öffentlichkeit wurde immer wieder die Rückkehr der emigrierten Wissenschaftler nach Deutschland gefordert. Die Kultusministerien hielten es für opportun, ihre Bemühungen in dieser Frage sehr präzise zu veröffentlichen, wie es z. B. das Bayerische Kultusministerium im Hinblick auf seine Bemühungen zur Rückberufung emigrierter Hochschullehrer bzw. deren Einladung zu Gastvorlesungen tat. In der „Göttinger Universitäts-Zeitung“ wurde im Februar 1947 eine detaillierte Liste über das Schicksal der „aus politischen Gründen nach 1933 ausgeschiedenen Professoren“ der Universität Göttingen veröffentlicht⁶⁰. Noch im Jahre 1950 sah sich die

⁵⁶ Vgl. den „Rückblick“ in der Süddeutschen Zeitung vom 17.11.86.

⁵⁷ Vgl. Christ und Welt, 3. Jahrg. 1950, Nr. 6, 7, 9, 10, 11, 34. *Christian von Ferber*, Die Entwicklung des Lehrkörpers der dt. Universitäten u. Hochschulen 1864–1954 (Göttingen 1956) 143 ff. ermittelte für die Geisteswissenschaften einen Emigrationsverlust von 39% aller Lehrpersonen. Auch diese Zahl ist nicht ganz genau, da bestimmte Kategorien von Wissenschaftlern nicht erfaßt werden konnten. Von den 795 emigrierten Geisteswissenschaftlern kehrten danach bis 1953 85 nach Westdeutschland zurück.

⁵⁸ Vgl. dazu die Angaben bei *Wolfgang Weber*, *Priester der Klio. Historisch-sozialwissenschaftliche Studien zu Herkunft und Karriere deutscher Historiker und zur Geschichte der Geschichtswissenschaft* (Frankfurt/M. 1984) 429 f., Anm. 343. Ich glaube nach eigenen Nachforschungen 26 Historiker ermitteln zu können.

⁵⁹ Dieser Ausdruck wird in einem Brief Friedrich Baethgens in bezug auf Carl Hinrichs verwendet (UA Köln 197/39).

⁶⁰ GUZ II, Nr. 6, S. 16.

Westdeutsche Rektorenkonferenz angesichts „ständiger Pressevorwürfe“ genötigt, unter ihren Mitgliedern die zahlenmäßigen Belege gegen den Verdacht zu sammeln, daß die Universitäten „die Rückberufung nicht mit dem notwendigen Nachdruck betrieben hätten“⁶¹.

Wir wissen, daß es in der Geschichtswissenschaft keinen Rückstrom gab, der eine Neuorientierung hätte bewirken können. Die wenigen Rückkehrer der ersten Nachkriegsjahre – von 134 Historikeremigranten kehrten nur 21 in die beiden deutschen Staaten zurück⁶² – waren Hans Joachim Schoeps (nach Erlangen), Ernst D. Fraenkel (Frankfurt/M.), Walter Mohr (Saarbrücken) und Hans Rothfels (Tübingen). Golo Mann kehrte erst 1958 in die Bundesrepublik zurück, auch Dietrich Gerhard kam erst 1954 zurück, blieb überdies noch in den USA verankert. Andere Emigranten, die der liberalen Schule Meineckes entstammten, blieben – trotz Meineckes Bemühungen z. B. um Hajo Holborn⁶³ – in Amerika und kamen – wie z. B. Hans Rosenberg – nur als Gastprofessoren nach Deutschland zurück, wo sie freilich deutlich machen konnten, welche Umorientierungen in der Geschichtswissenschaft möglich gewesen wären, wenn es zu einer stärkeren Rückkehr emigrierter Wissenschaftler gekommen wäre⁶⁴.

Eine Bilanz der Wirkung der Emigranten muß jedenfalls auch deren Tätigkeit als Gastprofessoren an den bundesrepublikanischen Universitäten berücksichtigen. Gerade das Beispiel Hans Rosenbergs ist geeignet, die Schwierigkeiten sowohl der um Rückberufung bemühten Fakultäten als auch der wenigen potentiellen Remigranten zu verdeutlichen. Er war noch 1932 unter Johannes Ziekursch in Köln habilitiert worden, bevor er 1933 nach dem Entzug der *venia legendi* Deutschland über England in Richtung Vereinigte Staaten verließ, wo er seit 1938 am Brooklyn College lehrte, seit 1944 als amerikanischer Staatsbürger. Schon im März 1946 – „nachdem die Nazi-Herrschaft beseitigt ist“ – hatte Peter Rassow als Dekan der Kölner Philosophischen Fakultät Rosenberg wie alle anderen emigrierten ehemaligen Mitglieder der Fakultät aufgefordert, „in unseren Kreis zurückzukehren und den Platz in unserer Mitte einzunehmen“. Diese allgemein gehaltene und mit keinerlei konkretem Stellenangebot verbundene Aufforderung hatte Rosenberg – innerlich tief bewegt über diese Geste – in

⁶¹ UA Köln 471/44 vom 10.5.1950 mit Hinweis auf den Beschluß der Rektorenkonferenz von Hannover. Die Nordwestdeutsche Rektorenkonferenz hatte schon im September 1946 in Göttingen die Wiederherstellung der Rechte der emigrierten Hochschullehrer, ihre Rückberufung bzw. adäquate Versorgung als „solidarische Ehrenpflicht“ aller Universitäten bezeichnet, vgl. *Neubaus*, Dokumente zur Hochschulreform (wie Anm. 34), 16f.

⁶² Diese Angaben nach dem Biographischen Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte und von der Research Foundation for Jewish Immigration (München 1980–1983).

⁶³ Meinecke-Briefe, S. 247, wo Meinecke vom Mangel guter Kräfte spricht. In einem Brief an Rassow vom 19.2.47 spricht Meinecke hinsichtlich des Nachwuchses in Neuerer Geschichte von einem „Trümmerfeld“ (UA Köln 197/39).

⁶⁴ Vgl. die unvollständige Übersicht über die emigrierten deutschen Historiker bei *Georg G. Iggers*, in: *Bernd Faulenbach* (Hrsg.), *Geschichtswissenschaft in Deutschland*, 97–111. Nach dem Biographischen Handbuch der deutschsprachigen Emigration emigrierten insgesamt 134 Historiker, von denen nur 21 nach Deutschland zurückkehrten. In den USA blieben 73, in Großbritannien 18, in Israel 8.